

# Aktuelle Hauptstadinfos

Woche vom 26.09. – 30.09.2011



SPD

## Inhalt

1. Abstimmung über den Euro-Rettungsschirm

2. Bekenntnis zu Bundewehrstandorten

3. Steuerabkommen mit der Schweiz

4. Helfen rund um die Uhr – THW in Berlin



## Euro-Rettung

**Diese Woche hat die Abstimmung zum Euro-Rettungsschirm (EFSF) alles andere thematisch in den Schatten gestellt. Zu recht - Peer Steinbrück hat in seiner ausgezeichneten Rede vor dem Deutschen Bundestag noch einmal deutlich gemacht, dass eine Stabilisierung der Euro-Zone für die deutsche Wirtschaft überlebenswichtig ist.**

Wir haben Euch in der letzten Ausgabe der Aktuellen Hauptstadinfos dargelegt, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Verantwortung für Europa übernehmen werden und haben der Erweiterung des Rettungsschirms zugestimmt. Damit ist die Debatte aber längst nicht beendet. Auch unsere Freunde bei den Gewerkschaften haben erkannt, dass die Stabilität der Eurozone für Arbeitsplätze in Deutschland sehr große Bedeutung hat. Der Schlingerkurs der Merkel-Regierung hat uns zwar international an Glaubwürdigkeit verlieren lassen und schadet der Politik, aber wir sind zuversichtlich, dass mit den erweiterten Mitspracherechten des Parlaments zukünftig mehr Ehrlichkeit und Sachlichkeit die Debatte bestimmen wird.

**Die SPD hat der Ausweitung des EFSF am Donnerstag zugestimmt**, auch wenn wir im Europäischen Stabilisierungsfonds nur eine „minimale Notwendig“ sehen, wie es Frank-Walter Steinmeier ausgedrückt hat. Jetzt gilt es, neues Wachstum in den Krisenländern zu fördern. Das kostet und dazu muss ein neuer Fonds eingerichtet werden, der durch eine Finanztransaktionssteuer zukünftig von den Verursachern der Krise befüllt werden muss. Darüber hinaus gilt, was wir schon länger fordern: Jedes EU-Mitglied soll eine verpflichtende Schuldenregelung bekommen; wir fordern ein „Wachstumspaket Europa“ und eine koordiniertere Wirtschaftspolitik mit europaweiten Standards und die Finanzmärkte müssen in ihre Schranken verwiesen werden.

## Bundeswehrstandorte stärken

**Dr. Edgar Franke, Ullrich Meßmer und Ulrike Gottschalck machen sich für den Erhalt der Bundeswehrstandorte in Nordhessen stark!** Nach den Plänen der schwarz-gelben

Bundesregierung soll in Deutschland jeder vierte Bundeswehrstandort dicht machen.

Die Umstrukturierungsmaßnahmen im Rahmen der Aussetzung der Wehrpflicht haben bei den nordhessischen Standorten zu großen Verunsicherungen geführt. Wir fordern, die Kasernen in Frankenberg, Fritzlar, Kassel, Rotenburg/Fulda, Schwarzenborn und Stadtallendorf sowie die Wehrverwaltung in der Region zu erhalten. Auch das Heeresmusikcorps 2 in Kassel soll bestehen bleiben. Für das Musikcorps hatte sich Ulrike Gottschalck bereits in der Vergangenheit vielfältig eingesetzt.

Um ihre Haltung gegenüber den Standortkommunen zu unterstreichen, hat die SPD Hessen-Nord die Bundesregierung aufgefordert, bei ihrer Entscheidung auf die hervorragende militärische Infrastruktur im Norden Hessens und auf die Verankerung der Standorte in der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Außerdem hat der Bundeswehrstandort Hessen bereits bei der Bundeswehrreform 2002/2003 zu leiden gehabt. Jetzt ist es an der Zeit, Flagge zu zeigen! Ministerpräsident Bouffier soll sich endlich zu den Soldatinnen und Soldaten und auch zum Zivilpersonal bekennen und sich für die Standorte stark machen! Selbiges gilt auch für Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière. Beide dürfen die bestehenden militärischen und zivilen Arbeitsplätze in unserer Region nicht einfach aufgeben! **Wir brauchen ein tragfähiges Konzept, damit die Zukunft der Bundeswehr in Nordhessen gesichert werden kann.**



## Steuerabkommen mit der Schweiz



**‘Wer reich genug ist, der kann sich freikaufen.’ Nach diesem Motto verhandelte Schwarz-Gelb wohl ein Steuerabkommen mit der Schweiz, bei dem sich die ehrlichen Steuerzahler in Deutschland zu recht über den Tisch gezogen fühlen.**

Die SPD hat daher am Donnerstag eine Aktuelle Stunde zu dem Steuerabkommen mit der Schweiz und dem Thema Steuergerechtigkeit auf die Agenda des Plenums gesetzt. Schwarz-Gelb legalisiert mit dem vorgelegten Gesetz nachträglich Steuerbetrug. Das Problem ist, dass systematische Hinterziehung von Steuern nicht offen gelegt werden muss. Die Betrüger müssen lediglich ihr rechtswidrig in die Schweiz gebrachtes Vermögen nachträglich pauschal versteuern. Danach können sie abtauchen, denn sie bleiben anonym. Wir werden dem Abkommen so nicht zustimmen, denn damit würde man den Weg zu einer Wahlfreiheit zwischen einer vollständigen Besteuerung eines Vermögens in Deutschland und einer anonymen Besteuerung in der Schweiz öffnen. Es muss neu verhandelt werden und ein gerechteres Abkommen gefunden werden, bei dem sich die ehrlichen Steuerzahler in Deutschland eben nicht über den Tisch gezogen fühlen.

## Technisches Hilfswerk zu Besuch in Berlin

Unter dem Motto „MdB und THW – Helfen rund um die Uhr“, trafen die Abgeordneten vor dem Berliner Paul-Löbe-Haus auch nordhessische Vertreter des Technischen Hilfswerks (THW). An den mit viel Liebe aufgebauten Ständen erlebte man live, was die Helferinnen und Helfer des THW leisten: Neben einem Druckluftkissen, nicht größer als ein DIN A3-Blatt, das sogar Bahnwagons anheben kann, wurden innovative Roboter vorgestellt, die in Trümmerhaufen in entlegenste Winkel und Ecken fahren können, um Verschüttete aufzuspüren. Auch Endoskope gehören zur High-Tech-Ausrüstung des THW und können mit Hilfe einer winzigen Kamera durch Ritzen und Spalten zwecks Aufklärung hindurchgeführt werden. „Eine gute technische Ausstattung ist unerlässlich, da so in Einsatzgebieten die Risiken und Gefahren für die Helfer erheblich reduziert werden können. Technik ist ersetzbar, Menschenleben nicht,“ sind sich die nordhessischen SPD-Abgeordneten mit den Vertretern des THW einig.

Die engagierten Ehrenamtler berichteten aber auch vom verstärkten Mitgliederschwund, der seit Abschaffung der Wehrpflicht bemerkbar sei. Hier wird einmal mehr deutlich, was Ehrenamt in unserer Gesellschaft für eine wichtige Rolle spielt. Ehrenamtliche opfern ihre Freizeit und durch ihr außerordentliches Engagement sind sie unersetzbar. Letztendlich sind sie häufig diejenigen, die in schwierigen Zeiten alle Fäden zusammenhalten.

Um weiter die wichtige Unterstützung des Technischen Hilfswerks in Krisengebieten bei Unwettern, Großbränden und Überflutungen weiterhin zu gewährleisten, gelte es, die Mitgliedschaft, besonders für junge Leute, interessanter und aufregender zu gestalten. Ein erster wichtiger Schritt, so berichteten die THWler, sein Jugendcamps, bei denen die Teilnehmer selber Übungseinsätze ausführen dürften. Wir möchten uns an dieser Stelle bei den Helfern des THW bedanken für ihre so wichtige und unschätzbare Hilfe, die den Bürgerinnen und Bürgern in Nordhessen zugute kommt.

**Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!**

**V.i.S.d.P.:**  
**Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer**  
**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Artikelbilder: fotolia**